

Kongress des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes in Davos.

Löhne zum Politikum machen

Die Schweiz ist kein unpolitisches Land. Über alles Mögliche wird öffentlich diskutiert und von Parlamenten oder Behörden entschieden:

Wir kennen eine Sozialpolitik genauso wie eine Siedlungspolitik. Wir debattieren über Wirtschaftspolitik wie über Preispolitik. Ja, wir leisten uns im Überfluss gar eine Milchpolitik.

Bloss: eine Lohnpolitik gibt es nicht, obwohl es sich beim Lohn um eine der lebensbestimmendsten Grössen handelt. Lohn ist kein Thema der Regierungen, wenn wir vom besonderen Lohn der Beamten absehen. Zum Lohn gab es nie eine Volksinitiative oder ein Referendum. Die Lohnfrage ist stattdessen in ein paar ganz besonderen Schubladen aufgehoben:

Die diskreteste aller Schubladen ist das Lohnbüro der Arbeitgeber: Die Patrons sind erklärte Gegner einer öffentlichen Lohndiskussion, sie wollen Löhne im Stillen und einzig mit Rücksicht auf den Markt festsetzen. Wenn möglich verlangen sie vom Lohnempfänger ein absolutes Stillschweigen.

Auch die Betroffenen selbst verstecken Angaben über die Höhe ihres Lohnes oft in ihrer Schublade: Aus Angst und Scham, man/frau könnte jahrelang ungerechterweise zu billig gearbeitet haben; oder umgekehrt mehr verdienen als der Arbeitskollege oder die -kollegin.

Die Gewerkschaften ihrerseits haben natürlich immer Lohnpolitik betrieben, allerdings in wohldefinierten GAV-Schubladen der Branchen oder der Betriebe. In einigen Bereichen, wie zum Beispiel dem Bau, waren sie dabei recht erfolgreich. Aber letztlich müssen wir konstatieren, dass höchstens 40 Prozent der Privat-Beschäftigten in Bereichen mit GAV-Löhnen arbeiten. Und selbst da sind die Löhne manchmal „unter dem Hund“, wie zum Beispiel im Gastgewerbe-GAV (2350.- die unterste Kategorie!).

Der Staat seinerseits hat sich in der existentiellen Frage der Lohnfestsetzung vornehm zurückgehalten. Bis vor wenigen Jahren verzichtete er gar darauf, statistisch zu erfassen, welche Gruppen von Beschäftigten wie viel verdienen. Der Staat begrenzte sich darauf, in die Schublade der GAV-Löhne zu gucken, wenn 'er einen Masstab für die Arbeitsbewilligung von Immigrantinnen brauchte, um das grösste Dumping zu verhindern.

Heute gilt es, alle diese Schubladen weit aufzureissen und eine politische Debatte über den Lohn zu führen. Denn die Lohnentwicklung der letzten Jahre wird immer mehr zum gesellschaftlichen Skandal:

Am unteren Rand sind die Löhne in vielen Branchen abgesackt: Hunderttausende von Lohnabhängigen verdienen für einen vollen Job weniger als 3'000 Franken. Löhne um 2'000 Franken sind im Detailhandel, im Reinigungsgewerbe, im Gastgewerbe keine Seltenheit mehr. Damit ist in der Schweiz ein anständiges Leben meist unmöglich. In immer mehr Fällen muss der Staat mit Fürsorgegeldern eingreifen. Damit wird der Lohn zum politischen Problem.

Aber auch in den mittleren und oberen Bereichen der Lohnskala hat sich gesellschaftlicher Zündstoff gebildet: An die Stelle von berechenbaren Lohnsystemen und von generell ausbezahlten Lohnerhöhungen tritt immer mehr die willkürliche individuelle Lohnfestsetzung durch den Arbeitgeber. Im Namen der Leistung erlaubt dies dann an der Spitze die Auszahlung von sagenhaften Boni mit sechsstelligen Zahlen. Das gewöhnliche Fussvolk erhält derweil bescheidene individuelle Lohnerhöhungen, die vor allem zu vermehrter Konkurrenz und Misstrauen führen. Der jüngste Flop bei der UBS hat einmal mehr gezeigt, wie wenig bei diesem Lohncasino die effektive Leistung zählt und wie viel Willkür und Eigennutz.

Diese beiden Trends haben die Lohnschere in der Schweiz weiter aufgerissen. Das hat gesellschaftliche Folgen und soll deshalb zum politischen Thema werden. Die Gewerkschaften müssen etwas Selbstverständliches der Öffentlichkeit wieder klarmachen und gegenüber den Arbeitgebern durchsetzen:

Erwerbsarbeit muss Anspruch auf einen Lohn geben, der ein anständiges Leben erlaubt. Entweder werden solche Löhne in GAVs vertraglich festgeschrieben - oder der Staat muss nach Konsultation der Gewerkschaften orts- und branchenübliche Mindestlöhne zwingend festschreiben und durchsetzen.

So oder so: An der Politisierung der Löhne führt kein Weg vorbei.

Andreas Rieger .

Neue Gewerkschaft, 9.11.1998.

Personen > Rieger Andreas. Loehne. Neue Gewerkschaft, 1998-11-09